

„Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte?“

(Einladung → <http://www.ifz-muenchen.de/neu/suhl.pdf>)

Ein Tagungsbericht von Hermann Wentker, Jens Gieseke, Rainer Gries und Clemens Vollnhals

Hotel Ringberg, Suhl, 9.-11.11.2006

Die deutsche Nachkriegsgeschichte wird nach wie vor meistens als die getrennte Geschichte der zwei deutschen Staaten geschrieben. Nach der Wiedervereinigung wird jedoch der Ruf nach einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte immer lauter, und die grundsätzlichen Überlegungen, wie eine solche Darstellung angegangen werden sollte, nehmen zu. Im Rahmen dieser Debatte hielten das Institut für Zeitgeschichte, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur es für sinnvoll, die einschlägig arbeitenden Deutschlandforscher zu einer gemeinsamen Konferenz in Suhl zusammenzuführen, um nicht nur über Konzepte und Vorstellungen, sondern auch über die Praxis einer deutsch-deutschen Geschichte anhand zahlreicher Einzelthemen zu debattieren.

Eröffnet wurde die Konferenz mit einem Vortrag von *Horst Möller* (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin), der sich den Konturen einer solchen integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte widmete. Ist es möglich, so seine zentrale Frage, trotz des Kontrastes von Diktatur und Demokratie eine Nachkriegsgeschichte zu schreiben, die beide deutsche Staaten umfaßt? Zunächst betonte er den fundamentalen, durch die Staatsform gegebenen Gegensatz zwischen beiden Staaten, der letztlich zur getrennten Behandlung von DDR und Bundesrepublik geführt habe. Dieser dürfe nicht durch eine schwammige Begrifflichkeit verwischt werden: Es habe zwar Nischen in den Diktaturen gegeben, aber keinen Sektor, der mit Zustimmung der Herrschenden Autonomie beanspruchen durfte. Dennoch waren beide Staaten stets eng aufeinander bezogen, wie sich nicht zuletzt an der berühmten Formel Willy Brandts von den zwei Staaten in Deutschland, die füreinander nicht Ausland und deren Beziehungen zueinander von „besonderer Art“ seien, verdeutlichen läßt. Gemeinsam war beiden zum einen der nationale Bezugspunkt: Sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik bezogen sich auf – jeweils unterschiedlich ausgewählte bzw. interpretierte – deutsche Traditionen. Zum anderen sei der gemeinsame Ausgangspunkt für beide Staaten die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) gewesen: Für beide stellte der Nationalsozialismus das gemeinsame Schreckbild dar, wenngleich sie sehr unterschiedlich damit umgingen. Dennoch standen sich beide Staaten im Kalten Krieg als Kontrahenten gegenüber, beide machten durchaus unterschiedliche Entwicklungen durch, so daß das Konzept einer Parallelgeschichte nicht immer sinnvoll sei. Es komme also, so Möllers wichtigste

Aussage, darauf an, die für beide Staaten gemeinsam zu behandelnden Sektoren sorgfältig auszuwählen, damit der Gegensatz von Diktatur und Demokratie nicht verwischt werde. Als Beispiele nannte er etwa Generationenerfahrungen nach 1945, die Wirkungen von 1968 und die Gesundheitspolitik.

Das im Anschluß an die Darlegungen Möllers von *Hermann Wentker* (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) geleitete Podiumsgespräch wurde von *Andreas Wirsching* (Universität Augsburg) eröffnet, der zunächst pointiert darlegte, daß die Geschichte der Bundesrepublik durchaus ohne Bezugnahme auf die DDR geschrieben werden könne. Die Bundesrepublik hatte sich in den achtziger Jahren eine eigene, teilstaatliche historische Erzählung zu eigen gemacht: das „Modell Deutschland“ als Erfolgsgeschichte. Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung warnte Wirsching vor zwei Versuchungen bei einer deutsch-deutschen Geschichte: zum einen davor, in die Geschichte der Bundesrepublik einen „wiedervereinigungsgeschichtlichen“ Subtext einzuschreiben, und zum anderen davor, die Meistererzählung der westdeutschen Erfolgsgeschichte nachzuerzählen. Letzteres sei ein Mythos, bei dem die DDR aus der deutsch-deutschen Geschichte eskamotiert werde. Sinnvoller seien hingegen Fragen nach anderen, weniger offenkundigen Kräften deutsch-deutscher Vergemeinschaftung. So gelte es beide deutsche Staaten als gemeinsamen Erfahrungsraum zu begreifen, der etwa in gesellschaftsgeschichtlicher (z.B. hinsichtlich der Individualisierung), kulturgeschichtlicher (z.B. in Medien und Konsum) und strukturgeschichtlicher Hinsicht (z.B. mit Blick auf die Wissensgesellschaft/Dienstleistungsgesellschaft) für beide deutsche Staaten gemeinsam untersucht werden könne.

Günther Heydemann (Universität Leipzig) führte demgegenüber aus, wie eng die DDR auf die Bundesrepublik bezogen war, so daß sich aus ostdeutscher Sicht ein deutsch-deutscher Blick auf die Nachkriegsgeschichte sehr viel eher aufdränge als aus westdeutscher Sicht. Heydemann wies, wie Möller, auf die gemeinsamen Vorbelastungen aus der Vergangenheit hin und betonte die „Kontinuität der Brüche“ (Rudolf Vierhaus), die die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert kennzeichne. Dazu gehörten etwa die sich immer wieder verändernden Grenzen genauso wie der Wechsel zwischen Demokratie und Diktatur, bis es nach 1945 zur parallelen Existenz von Demokratie und Diktatur in Deutschland gekommen sei. Gemeinsam sei beiden deutschen Staaten darüber hinaus die „Zusammenbruchsgesellschaft“ gewesen, aus der beide hervorgegangen seien. Eine stringente deutsche Nachkriegsgeschichte, so Heydemann, sei jedoch noch nicht geschrieben, wenngleich es brauchbare Konzepte gebe. In diesem Zusammenhang bezog er sich auf das „Sechs-Phasen-Modell“ von Christoph Kleßmann, das er zwar in Einzelheiten kritisierte – so könne man etwa in den achtziger Jahren nur für die DDR, nicht aber für die Bundesrepublik von „Erosionsgeschichte“ sprechen –, grundsätzlich aber für sinnvoll hielt. Damit habe man zwar einen Plan, aber noch keine Meistererzählung, die die Herrschafts-, Wirtschafts-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte gleichermaßen berücksichtigen müsse.

Zu den Risiken und Chancen einer integrierten deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte befragt, führte *Martin Sabrow* (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) zunächst aus, daß dies einen nationalgeschichtliche Zugriff impliziere, den er für zu eng halte. Darüber hinaus stellten sich bei einem parallelgeschichtlichen Zugriff das Problem der Periodisierung sowie zahlreiche methodische Schwierigkeiten, über die man sich vergewissern müsse. So müsse etwa geklärt werden, ob über den Vergleich eine Typisierung oder eine Hervorhebung der Unterschiede gewollt sei – eine Gleichsetzung sei dabei ebenso problematisch wie eine normative Abwertung: Die Hervorhebung der Tatsache, daß die Bundesrepublik eine Demokratie und die DDR eine Diktatur gewesen sei, führe seiner Meinung nach wissenschaftlich nicht weiter. Die Chancen einer deutsch-deutschen Sicht bestanden für ihn in einer Öffnung auf einen gemeinsamen Raum, in dem parallele Entwicklungen deutlich gemacht werden könnten, in der Abkehr von der verinselten Betrachtung beider Staaten und in der Hinwendung zu Problemlagen, die beiden gemeinsam gewesen seien. Für eine integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte lägen konzeptionelle Angebote vor – neben dem „Sechs-Phasen-Modell“ von Kleßmann erwähnte er das der „chronologisch sensiblen und inhaltlich pluralen Sequenzperspektiven“ von Konrad Jarausch. Für besonders untersuchenswert hielt Sabrow system-transzendente Phänomene sowie erinnerungspolitische und –kulturelle Fragen im gesamtdeutschen Raum.

Die lebhafte Diskussion, die sich sowohl unter den Podiumsteilnehmern als auch mit dem Publikum anschloß, konzentrierte sich unter anderem auf die Frage, welchen Stellenwert die demokratische Staatsform der Bundesrepublik bzw. diktatorische der DDR für eine deutsch-deutsche Geschichte haben solle, auf den nationalgeschichtliche Zugriff sowie auf die Sektoren, die für eine solche deutsch-deutsche Geschichte sinnvollerweise auszuwählen seien.

Abgesehen von der Podiums- und Abschlußdiskussion sowie der Präsentation des Buches „Leben nach dem ‚Prinzip Links‘“ von und mit Hermann Weber fand noch der Vortrag von *Matthias Steinle* (Universität Marburg) zu den wechselseitigen Perzeptionen in west- und ostdeutschen Informationssendungen aus dem Fernsehen im Plenum statt. Anhand sorgfältig ausgewählter Beispiele konnte er verdeutlichen, wie sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR anfänglich der jeweils andere Staat als „Feind“ dargestellt wurde; mit der Entspannungspolitik nahmen die wechselseitigen verbalen und non-verbalen Distanzierungen ab; an die Stelle des Feindbildes trat nun in zunehmendem Maße ein „Fremdbild“. Alle anderen Referate wurden in parallel stattfindenden Sektionen zu den unterschiedlichsten Aspekten deutsch-deutscher Beziehungen, den wechselseitigen Perzeptionen und Grenzüberschreitungen sowie zu Umbruch und Transformation gehalten. Die Moderatoren der Sektionen, *Jens Gieseke* (Abteilung BF, BStU Berlin), *Rainer Gries* (Universität Jena/Universität Wien) und *Clemens Vollnhals* (HAIT Dresden) haben die Inhalte der Referate und Diskussionen zusammengefaßt und die Veranstaltung aus ihrer Sicht bewertet.

(Hermann Wentker)

Sektionsbericht Politik/Nachrichtendienste und Gesellschaft

Mit der Tagung „Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte?“ unternahmen die Veranstalter den Versuch, die jahrzehntelange Tradition der DDR-Forschartagungen (in Tutzing, Bonn-Röttgen und Otzenhausen) aufzunehmen und zugleich einen neuen konzeptionellen Rahmen zu entwickeln, der die Kritik an der traditionellen DDR-Forschung ernst nimmt und neue Perspektiven aufzeigt.

Gedanklicher Ausgangspunkt der in den Sektionen präsentierten und diskutierten Forschung war die von den Veranstaltern vorangestellte (Hypo-)These, dass „trotz der staatlichen Teilung [...] die beiden deutschen Staaten aufeinander fixiert“ blieben. Das Gemeinsame äußere sich in verschiedenen Dimensionen: den Wurzeln in der gesamtdeutschen Geschichte, den zwischenstaatlichen Beziehungen und den gegenseitigen Bezogenheiten im gesellschaftlichen Leben. Diese Gemeinsamkeiten seien von wesentlicher Bedeutung für die Wiedervereinigung gewesen, denn: „so konnten nach der Friedlichen Revolution von 1989 in der DDR rasch die Weichen für die Vereinigung beider Staaten gestellt werden.“

Dies voraussetzend, lautete die Leitfrage der Tagung: „Kann man aus der Perspektive des vereinigten Deutschlands zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte gelangen?“ (Alle Zitate aus dem Konferenzprogramm). Die Frage traf offenbar den Nerv der Zeit: die Referatsangebote waren reichhaltig, und die ausgewählten Präsentationen deckten ein breites Spektrum ab. Zu den drei vom Verfasser moderierten Sektionen im Einzelnen:

Deutsch-deutsche Beziehungen – Politik

Die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten stellen naturgemäß einen klassischen Anfangspunkt dar, wenn man die gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte betrachtet. Sie waren immer schwierig und insbesondere in den frühen Jahren durch harte Abgrenzung am Rande des Unmöglichen. *Michael Lemke* (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) präsentierte aus dem Fundus seiner langjährigen Forschungen über die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der DDR einen souveränen Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen unter den Bedingungen der Blockkonfrontation und die daraus abgeleiteten Interessen, Initiativen und Handlungsspielräume der beiden deutschen Regierungen, um ihre jeweiligen Vorstellungen von gesamtdeutschen oder separatstaatlichen Lösungen der „deutschen Frage“ in konkrete Politik umzusetzen.

In den damit gesteckten Rahmen fügten sich die drei folgenden Berichte über Spezialforschungen exzellent ein. *Maximilian Horster* (Universität Cambridge/Los Angeles) stellte Ergebnisse seiner kürzlich abgeschlossenen Dissertationsschrift über „Deutsch-deutsche (Nicht-)Beziehungen 1951-1967“ vor. Er untersuchte darin vor allem die Bedeutung der zum Teil aus schierer organisatorischer Notwendigkeit unterhaltenen, oder auf unterster formeller Ebene initiierten Kontakte:

Fahrplanabsprachen, Rechtshilfe, Regelungen für Post und Telefone, Sport- und Kirchentreffen usw.

Diese „Ersatzbeziehungen“ stellten auch in den Zeiten der härtesten Konfrontation immer wieder gleichermaßen ein Test- wie ein Minenfeld dar, wenn etwa ein argloser westdeutscher Ingenieur bei Verhandlungen über den Wiederaufbau von Autobahnbrücken fürs Erinnerungsfoto vor DDR-Schilder bugsiiert wurde, das dann triumphierend als Beweis für die westdeutsche Anerkennung präsentiert wurden. Die Befunde Horsters sind akribisch zusammengetragen und überraschen in der Summe. Der weiteren Diskussion überlassen bleibt ihr Stellenwert für den späteren Annäherungs- und Verhandlungsprozess, zumal die Überlegungen der Wegbereiter der Neuen Ostpolitik, wie Willy Brandt und Egon Bahr, ja bereits im Westberlin der späten fünfziger Jahre gediehen und sicher eher aus den Bedingungen der internationalen Politik abgeleitet waren.

Dong-Ki Lee (Universität Jena) schloss hieran mit seinen Überlegungen zu „'Grenzgängern' und Entstehung der Konföderationsidee“ in den Nachkriegsjahren bis 1956 an. Er widmet sich damit einem deutschlandpolitischen Pfad, der sich zwar mittelfristig als Sackgasse erweisen sollte, der aber für die Fortschreibung eigenständiger Politiktraditionen jenseits der Blockzugehörigkeit in der zunächst noch relativ offen erscheinenden deutschlandpolitischen Landschaft eine gewisse Attraktion auf sich zog. Lee porträtierte die maßgeblichen Akteure, wie Ulrich Noack, Hermann Etzel und Wilhelm Elfes, und untersuchte das Streben dieser bürgerlichen Föderalisten, sich trotz der zentrifugalen Kräfte mit neutralistischen Positionen zu behaupten.

Elke Seefried (Universität Augsburg) schließlich beleuchtete die CDU-Deutschlandpolitik 1973 bis 1982. Sie war ganz wesentlich von der Frage bestimmt, wie sich die Partei nach der Verabschiedung des Grundlagenvertrages und dem dazu ergangenen Spruch des Bundesverfassungsgerichts zur deutsch-deutschen Entspannungspolitik positionieren sollte. Die Diskussion über Maß und Art der „Anerkennung der Realitäten“ war naturgemäß ausgesprochen kontrovers, doch formierte sich nach Seefrieds Erkundungen relativ zügig eine Strömung innerhalb der Union, die die neue Lage akzeptierte und mit eigenen Kontakten nach Ostberlin wieder handlungsfähig werden wollte. Zu den maßgeblichen Vertretern gehörten Walter Leisler Kiep, Gerhard Stoltenberg und Richard von Weizsäcker, die über den später geschassten Westexperten im SED-Zentralkomitee, Herbert Häber, intensive Beziehungen auf Parteiebene aufbauten. Insofern ist hier, wie Seefried betonte, auch ein Vorläufer zur häufig kritisierten späteren „Neben“-Deutschlandpolitik der SPD zu erkennen. In der Diskussion wurden durch die zahlreichen anwesenden Experten im Publikum vor allem die tatsächlichen Strategien und Handlungsspielräume der unterschiedlichen deutschlandpolitischen Akteure in Ost und West erneut thematisiert und eine Fülle von hilfreichen Ergänzungen zu den teils noch nicht abgeschlossenen Forschungsprojekten gegeben.

Perzeptionen und Grenzüberschreitungen – Nachrichtendienste und Gesellschaft

Die zweite Sektion teilte sich faktisch in einen ersten Komplex zu den (im Wortsinne) Grenzüberschreitungen des kalten Krieges der Geheimdienste und einen zweiten, in dem es

vornehmlich um die gegenseitige Perzeptionen und Einflüsse auf den Feldern der Strafrechtspolitik zu Schwangerschaftsabbrüchen und der Rezeption von bildender Kunst ging.

Helmut Müller-Enbergs (BStU Berlin) stellte seine Recherchen zu einem markanten Fall der frühen Nachkriegspolitik vor: Die Veröffentlichung eines Entwurfs des Deutschlandvertrags der Bundesrepublik mit den Westalliierten auf einer Pressekonferenz 1952. Müller-Enbergs entspann das multiple Geflecht von Geheimdienstoperationen und –counteroperationen, demzufolge der Vertragsentwurf eine absichtliche Fälschung westdeutscher Dienste war, deren Enttarnung nachhaltigen Schaden auf Seiten des ostdeutschen Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN) hinterließ. Andererseits wusste der sowjetische Nachrichtendienst vorab seinerseits von der Fälschung, gab die Information aber nicht weiter, um seinen Agenten Felfe in der Organisation Gehlen nicht zu gefährden.

Armin Wagner (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg) beschrift Neuland mit der Präsentation von ersten Ergebnissen aus einer Studie zu „BND-Operationen gegen die russischen Streitkräfte in der DDR“, die durch jüngste Aktenablieferungen des Bundesnachrichtendienstes an das Bundesarchiv möglich geworden ist. Dort findet sich unter anderem eine umfangreiche BND-Standortkartei der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), aus der sich die Erkundungsleistungen der westdeutschen Militärspionage gegen die sowjetische Militärpräsenz recht detailliert nachvollziehen lassen. Wagner kam zu dem Ergebnis, dass entgegen den Verlautbarungen ehemaliger MfS-Abwehroffiziere es dem BND nach einer Schwächephase Ende der sechziger Jahre (einer Spätfolge des Mauerbaus) gelungen sei, über lange Zeit erfolgreich mit Hilfe von Reiseagenten die sowjetischen Standorte zu beobachten und so ein sehr dichtes Bild zu gewinnen (das wiederum durch technische Spionage und die Erkundungen der westalliierten Militärmissionen noch ergänzt wurde).

Die sehr gut besuchte, lebhaftige Diskussion kreiste vor allem um zwei Probleme: zum einen, wie man Geheimdienstgeschichte als Teil der Nachkriegsgeschichte schreiben kann, ohne sich in der Faszination des Gegenstandes zu verlieren und ihn zu verabsolutieren. Hierbei spielt auch der problematische Quellenzugang noch immer eine große Rolle. Zum anderen wurde gerade an den beiden präsentierten Spionage- und Spionageabwehraktivitäten deutlich, dass eine Beschränkung auf die deutsch-deutsche Dimension schlechterdings unmöglich ist, da der internationale, ja globale Kontext des Kalten Krieges stets unmittelbar präsent ist. Der Versuch, sich auf den deutsch-deutschen Rahmen zu beschränken, ist gerade auf diesem Feld wenig ratsam, das in erster Linie als Teil der internationalen Militär- und Sicherheitspolitik zu begreifen ist. Hier besteht, wie in der Diskussion betont wurde, ein akuter Nachholbedarf im Vergleich zur angelsächsischen Forschung.

Es folgte ein markanter Szenenwechsel zu innergesellschaftlichen Prozessen. *Michael Schwartz* (Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin) nahm den scheinbaren „Gleichschritt“ der Strafrechtsreformen zum Schwangerschaftsabbruch in den sechziger und siebziger Jahren zum Anlass, nach gegenseitigen Einflüssen, aber auch nach den deutlich unterschiedlichen Bedingungen bei der

Genese der jeweiligen Gesetzesnovellierungen zu fragen. So führte paradoxerweise gerade die diktatorische Form der SED-Politik dazu, dass auf diesem weltanschaulich und ethisch höchst kontroversen Feld zügige Veränderungen herbeigeführt wurden, die dann schließlich in dem (bis 1989 einzigen nicht einstimmigen) Volkskammerbeschluss von 1972 zur Einführung einer Fristenlösung gipfelten. In der Bundesrepublik hingegen entwickelte sich das Abtreibungsrecht zu einem Dauerthema mit höchster gesellschaftlicher Sprengkraft im Zuge der Modernisierungsprozesse der siebziger Jahre.

Kathleen Schröter (Universität Bonn) durchschritt in einem zeitlich weit gespannten Vortrag die verschiedenen Phasen der Rezeption von bildender Kunst aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland, die sich stets im Spannungsfeld von politisch induzierter Generalablehnung und kunstimmanenter Akzeptanz bewegte. Während in den fünfziger Jahren DDR-Kunst überwiegend als totalitäre Staatskunst abgelehnt worden war, steigerte sich die Bereitschaft zur ästhetischen Auseinandersetzung später deutlich und wurde auch durch offenere künstlerische Konzepte bzw. das Aufkommen (z.T. vermeintlich) dissidenter Kunst in der DDR befördert. Die westliche Offenheit kulminierte schließlich im Porträtauftrag des Bundeskanzlers Helmut Schmidt an den DDR-Maler Bernhard Heisig.

So unterschiedlich diese Themen sind, wurde doch deutlich, dass sich in ihnen die transnationalen Modernisierungsprozesse der 60er und 70er Jahre und die von ihnen ausgelösten Widersprüche abbilden. Im Zuge dieser Prozesse verlor auch das Bedingungsgefüge der unmittelbaren Nachkriegszeit an Bedeutung: die Politisierung und der Homogenisierungsdruck der unmittelbaren Kriegsfolgen und des Kalten Krieges der fünfziger Jahre nahmen ab, und Trends wie das Streben nach Selbstbestimmung gewannen an Bedeutung: in der Bundesrepublik als unmittelbar sichtbarer Wandlungsprozess, in der DDR als merkwürdiges Gemenge von begrenzten Liberalisierungen und uneingelöstem Individualisierungsdrang.

Umbruch und Transformation – Politik

Der dritte Tag der Konferenz stand ganz im Zeichen der Vereinigung und der damit einhergehenden Transformationsprozesse. *Gunnar Peters* (Universität Rostock) stellte Ergebnisse seines Dissertationsprojekts vor, in der er – jenseits des gängigen Bildes von der „Stunde der Exekutive“ - die Beziehungen zwischen frei gewählter Volkskammer und Bundestag in dem halben Jahr zwischen März und Oktober 1990 in ihren organisatorischen Abläufen beschreibt. Im Zentrum stand für ihn unter anderem die Frage, welche Rolle Berater aus dem westdeutschen Parlament bei der Einübung in den regulären Betrieb eines Arbeitsparlaments spielten. Peters' konstatierte, dass die Westdeutschen zurückhaltend agiert hätten. In der Diskussion stand unter anderem zur Debatte, was unter den von Peters skizzierten Bestrebungen in Richtung westlichem Parlamentarismus aus der revolutionären Emphase jener Protagonisten geworden ist, die im Herbst 1989 ihren Kopf für die Entmachtung der

SED hingehalten hatte. Peters vertrat hierzu die These, dass erst mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 die Revolution ihren Höhepunkt und ihre Vollendung gefunden hätte.

Es folgten zwei sich hervorragend ergänzende Beiträge zu den Vereinigungsprozessen der Blockparteien CDU und LDPD mit ihren westlichen Pendanten sowie dem Verschmelzungsprozess der 1989 gegründeten ostdeutschen Sozialdemokratie mit ihrer westdeutschen Bruderpartei. Im Zentrum der Erkundungen von *Manfred Agethen* (Konrad-Adenauer-Stiftung St. Augustin) zur CDU standen insbesondere die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Ost-CDU, die entgegen den stereotypen Images der anpassungsbereiten „Blockflöten“ sich langwierige Auseinandersetzungen über ihre Vergangenheit, unter anderem im Zusammenhang mit der Besetzung von Führungspositionen und der Mitgliederpolitik lieferten, die zum Teil bis heute die Lage in den ostdeutschen Landesverbänden der Union prägen. Hinzu kam die ambivalente Haltung der West-CDU, die traditionell Beziehungen zur Block-CDU auf ein Mindestmaß beschränkt hatte, nun aber handlungsfähige Partner im Osten suchte. Aufschlussreich sind auch die Differenzen zwischen Ost und West in Mitgliederstruktur und Führungspersonal. Insbesondere die vielen Neupolitiker(innen) aus der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz fallen gegenüber dem klassischen westlichen Politikertypus aus Juristen und Beamten auf. Zugleich hat sich der Mitgliederbestand der Ost-CDU von rd. 130.000 (1990) auf gut 60.000 (1998) mehr als halbiert.

Reiner Marcowitz (TU Dresden) ergänzte dieses Bild um die „schwierigen Wege zur Einheit“ in den höchst unterschiedlichen Fällen der LDPD und der SPD. Im Falle der Liberalen gab es eine vergleichsweise lebhaftere Kontaktkultur aus früheren Jahrzehnten. Außerdem hatte sich der LDPD-Vorsitzende Gerlach als Vorreiter einer gewissen SED-Kritik im Laufe des Jahres 1989 präsentiert. Die West-FDP versuchte es mit einer Doppelstrategie: Kontakt zur Altpartei, gleichzeitig Unterstützung der Neugründungen. Das daraus geschmiedete Wahlbündnis war allerdings im Vergleich zur „Allianz für Deutschland“ der CDU mit 5,3 Prozent beileibe nicht so erfolgreich. Andere Widersprüche begleiteten die ostdeutsche SPD auf dem Weg ins Gesamtdeutschland: Sie hatte zwar eine lupenreine Oppositionsherkunft, verfügte aber über eine schwache Organisationsbasis und einen westdeutschen Partner, der aus ostdeutscher Wählersicht dem Kohlschen Einheitskurs nichts Adäquates entgegensetzen konnte bzw. wollte. Mittelfristig, so Marcowitz, litten und leiden alle Ostzweige dieser Parteien (wie auch der CDU) unter einem Akzeptanzproblem, weil sie nicht als „autochthone politische Kräfte wahrgenommen werden“. Sowohl der FDP als auch der SPD fehlt es zudem an den jeweiligen traditionellen sozialen Milieus als Hinterland, so dass sich dauerhafte parteipolitische Bindungen in Ostdeutschland, mit Ausnahme der PDS als Standesvertretung der sozialistischen Dienstklasse, nur schwach ausgeprägt haben.

Beide Referate stellten außerordentlich nüchterne (und ernüchternde) Bestandsaufnahmen zum Stand der deutschen Einheit auf der Ebene der Parteien dar, die auch einiges Licht auf die Schwierigkeiten bei der Ausprägung einer stabilen demokratischen Kultur in Ostdeutschland werfen. So erfolgreich der

schnelle organisatorische Vollzug des Beitritts zum politischen System der Bundesrepublik war, so deutlich wurde in diesen Beiträgen, dass damit noch nicht viel gewonnen war.

In der Diskussion wurde sowohl auf die Vergleichsfälle der anderen Blockparteien (NDPD und DBD) als auch auf den Stellenwert der weiteren revolutionären Neugründungen (Bündnis 90 u.a.) und deren Schicksal im vereinten Deutschland hingewiesen.

Zusammenfassender Kommentar

Die hier diskutierten Sektionen bezogen sich vorwiegend auf Politikgeschichte und sind offenkundig vergleichsweise einfach mit der Tagungsfragestellung in Verbindung zu bringen. Wirklich prüfen lässt sich die Tragfähigkeit des Konzepts einer „integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte“ so allerdings nicht, denn naturgemäß werden jene Forscher, die die deutsch-deutsche Dimension für die Geschichte des jeweiligen Teilstaates für nachrangig oder belanglos halten, erst gar nicht zu einer solchen Tagung beitragen. Dies gilt vor allem für die Geschichte der Bundesrepublik. So wird etwa der Mainstream der Historiker die Westernisierung von Politik und Gemeinwesen Westdeutschlands als das wichtigste Charakteristikum der Nachkriegsgeschichte behandeln, wie die gängigen Metaphern vom „langen Weg“, der „Umkehr“ und der „Ankunft im Westen“ belegen. Die DDR stellt sich in diesem Prozess eher als anachronistischer Ballast dar, der bestenfalls mit der zivilgesellschaftlichen Bereicherung durch die Bürgerbewegung des Herbstes 1989 aufgewogen wird. Auch für die DDR-Geschichte sind wesentliche Felder nicht notwendig in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des deutsch-deutschen Zusammenhanges zu betrachten. Die gesamte Grundstruktur des diktatorischen Systems zum Beispiel leitet sich aus dem Vorbild Sowjetunion ab (wenngleich natürlich die besondere Situation des „Sozialismus in einem halben Lande“ einiges erklärt). So wird etwa die – von Hermann Weber auf der Tagung zu Recht als wichtigstes aktuelles Desiderat der DDR-Forschung beschriebene – Geschichte der SED kaum von einer integrierten deutschen Perspektive dominiert werden.

Mit anderen Worten: so löblich und dringend die Horizonterweiterung gegenüber den klassischen DDR-Forschertagungen ist, so deutlich tritt doch die Asymmetrie hervor, die die „Verflochtenheit“ der beiden Nachkriegsdeutschlands prägte. Ein gemeinsames Geschichtsbild, wie es, zuweilen mit einem gewissen nationalpädagogischen Unterton, gefordert wird, ist deshalb weder erreichbar noch in einer pluralen Gesellschaft erstrebenswert. Wie die Referate und Diskussionen insbesondere in den Sektionen zum Kalten Krieg der Geheimdienste und zu gesellschaftlichen Diskussionen gezeigt haben, ist die deutsch-deutsche Dimension eine unter mehreren. Mindestens ebenso wichtig sind je nach Gegenstand etwa die Einbindung in die internationalen Blöcke, die innergesellschaftliche Dynamik oder die transnationale Beeinflussung sozialer und kultureller Prozesse. Ob man zum Beispiel ohne weiteres behaupten kann, die deutsch-deutschen Beziehungen seien wichtiger gewesen als etwa die deutsch-amerikanischen oder deutsch-französischen Beziehungen, ist keineswegs entschieden.

Vor diesem Hintergrund lässt sich zusammenfassen: Die Initiative der Veranstalter zu diesem Kraftakt eines „Relaunch“ dieser Tagungstradition, die natürlich auch erheblich in die interessierte

Öffentlichkeit ausstrahlt, ist außerordentlich zu begrüßen. Thematisch ist mit dem Aufbruch aus dem „Schrebergarten“ DDR schon einiges gewonnen, doch ließe sich diese Perspektive noch ausbauen und verdient jede Unterstützung für die kommenden Jahre.

Zum Schluss geht ein ganz besonderer Dank an das Team des Instituts für Zeitgeschichte, der Stiftung Aufarbeitung und der Bundeszentrale für politische Bildung für die perfekte Tagungsorganisation, die es ermöglichte, sich voll und ganz auf die Sache zu konzentrieren.

(Jens Gieseke)

Sektionsbericht Wirtschaft/Grenzüberschreitungen/Kultur

Ein „gemeinsamer“ deutsch-deutscher Kommunikationsraum

Auf dem Weg zu einer „gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte“ scheinen Frage- und Problemstellungen, die keine offensichtlichen Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Staaten oder Gesellschaften aufweisen, zunächst weniger auf der Agenda zu stehen. Darauf ließen jedenfalls die Programmpunkte der Konferenz in Suhl in ihrer überwiegenden Mehrheit schließen. Die Zuschreibung „gemeinsam“ provoziert womöglich einen durchaus nachvollziehbaren heuristischen Reflex: Die deutsch-deutsche Geschichte wird auf einer ersten Ebene nach Gemeinsamkeiten, nach Feldern der Begegnung und der Zusammenarbeit abgesucht. Das gilt überwiegend auch für die von mir moderierten drei Sektionen. Freilich hat dieser Zugriffsmodus durchaus seine Berechtigung – à la longue sollte aber mit den Versuchen, eine „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ zu erarbeiten, das Bemühen verbunden sein, eben gerade auch das auf den ersten Blick Nicht-Gemeinsame, das Andere im Anderen, das Fremde im Anderen als einen integralen Bestandteil der „eigenen“ und einer „gemeinsamen Geschichte“ zu modellieren. Wir sollten künftig Methoden und Koordinatensysteme bereitstellen, welche die Beobachtung und adäquate Beschreibung der von Interaktions- und Integrationsprozessen auch und gerade des Nicht-Gemeinsamen sicherstellen. Diesem Impetus liegen Beobachtungen auf der Tagung zu Grunde, vor allem aber ein Grundverständnis deutsch-deutscher Geschichte, das die beiden Gesellschaften als einen gemeinsamen Kommunikationsraum, als einen Erfahrungs- und Erwartungsraum, versteht. Selbstverständlich sind die Beziehungen und die Bedeutungen, die in diesem Raum „Geschichte machten“, zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich zu gewichten, selbstverständlich handelte es sich um ein „asymmetrisch“ zu charakterisierendes Geflecht von Interaktionen. – Wobei die Kategorie „Kommunikationsraum“ im weitesten Sinne zu verstehen ist: Gemeint sind keineswegs nur publizistische und kommunikative Interaktionen und Interrelationen im klassischen Sinne, sondern auch politische, juristische, ökonomische und kulturelle Bezüge und Bezugnahmen. Eine deutsch-deutsche Geschichte als eine Geschichte wechselseitiger Wahrnehmungen und aufeinander bezogener Handlungen vermag somit auch die klassische Politikgeschichte einzubinden.

Eine deutsch-deutsche Geschichte, die sich als integrierend versteht, sieht sich mit der großen Herausforderung konfrontiert, diese kulturellen wie politischen Bezugnahmen mit adäquaten Methoden beobachtbar und in adäquaten Koordinatensystemen darstellbar zu machen.

Auf dem Weg zu einer verflochtenen deutsch-deutschen Geschichte

Eine vorausschauende Tagungsregie hatte es so eingerichtet, dass wir in der *Sektion „Wirtschaft“* drei geradezu mustergültige Zugriffe auf Gemeinsames diskutieren konnten. *Heike Knortz* (Pädagogische Hochschule Karlsruhe) verfolgte einen vergleichenden strukturgeschichtlichen Ansatz und machte aus makroökonomischer Perspektive ein ähnliches Epiphänomen in beiden deutschen Volkswirtschaften aus: Das „Zeitalter“ extensiven Wirtschaftens bis Anfang der siebziger Jahre. Statt Konzepte der Intensivierung umzusetzen, folgte man hier wie dort personalintensiven Wachstumspfaden. Allerdings förderte diese vergleichbare Diagnose keine ähnliche Anamnese zu Tage. In der DDR hat das planwirtschaftliche System die Hortung von Arbeitskräften stark begünstigt, wohingegen in der Bundesrepublik die Mechanismen des Marktes ausgeschaltet blieben, weil man Rationalisierung und Automatisierung grundsätzlich skeptisch gegenüber stand. Solch systemübergreifende strukturhistorische Vergleichsszenarien werden auch künftig gerade auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialgeschichte unverzichtbar sein; sie sollten jedoch um Vergleichsebenen innerhalb der Systeme ergänzt werden. *Peter Fässler* (Technische Universität Dresden) führte einen nicht minder viel versprechenden Zugriff auf eine deutsch-deutsche Wirtschaftsgeschichte vor. Er thematisierte die Frühphase gemeinsamen deutsch-deutschen Wirtschaftshandelns. In beiden deutschen Staaten waren die politisch Verantwortlichen bestrebt, den innerdeutschen Handel in den Dienst der Deutschlandpolitik zu stellen. Das zentralplanwirtschaftliche System eröffnete der DDR freilich größere Möglichkeiten der Steuerung, wohingegen in der Bundesrepublik die Vielfalt der Akteure eine gezielte Indienststellung der Handelsbeziehungen für die Deutschlandpolitik erschwerte. Bis Anfang der sechziger Jahre allerdings blieben innerdeutsche Aufträge eher eine Seltenheit, waren überwiegend propagandistischer Natur und von relativ geringem Volumen. Seit den sechziger Jahren entwickelte sich die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen dann bestens: Fortan ging man die ökonomische Zusammenarbeit pragmatisch, im ökonomischen Geist und zuweilen in großem Stil an. Die Erforschung „gemeinsamer“ Praxen, die bis zur Bearbeitung des Weltmarktes „Hand in Hand“ ging, impliziert nicht nur klassische wirtschaftsgeschichtliche Zugänge, sondern ebenso kultur-, mentalitäts- und generationengeschichtliche Fragestellungen. Die beiden weiteren Beiträge zu dieser Sektion widmeten sich schließlich der Geschichte wechselseitiger Wahrnehmungen. „Gemeinsame Geschichte“, so die Diskussion in der Sektion, wird nicht nur, wie *Andreas Wirsching* zu Anfang der Konferenz mit Recht betont hatte, durch gemeinsame Erfahrungsräume, sondern vor allem auch durch gemeinsame Erwartungsräume und Erwartungshorizonte konstituiert – freilich sind diese Erwartungen höchst different. *Manuel Schramm* (Technische Universität Chemnitz) zeigte die dominanten „Referenzrahmen“ der technischen Elite während der fünfziger Jahre in der DDR auf. Temporär bezog

man sich auf die Vorkriegszeit als einer negativen Folie. Vor allem aber setzte man die eigenen Arbeitsergebnisse stets in Bezug zum technischen Stand in der Bundesrepublik – nicht ohne ein ominöses „Weltniveau“ für manche eigenen Erzeugnisse zu postulieren. Gegenüber den Bruderländern des sozialistischen Glacis entwickelte man jedoch ein gesättigtes Gefühl von Überlegenheit. Die letzten beiden Horizonte scheinen in einem engen Zusammenhang miteinander zu stehen: Die Entwicklungen im Westen wurden in der Regel als Vorbild betrachtet, was ein chronisches Gefühl von Inferiorität gegenüber den dortigen Möglichkeiten und Ressourcen bedingte, welches sich wiederum mit einem stolzen Blick auf den Entwicklungsstand gen Osten kompensieren ließ. Die Aufklärung der Wahrnehmungen und Selbstverortungen technischer und ökonomischer Eliten in ihren jeweiligen räumlichen und zeitlichen Koordinatensystemen scheint ein sehr fruchtbarer Ansatz für eine wechselseitige Geschichte der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften darzustellen. *Dierk Hoffmann* (Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin) thematisierte wirtschaftspolitische Argumentationsmuster und Erwartungsmuster, die zum Bestandteil und Inhalt politischer und propagandistischer Auseinandersetzungen in und zwischen den beiden deutschen Staaten avancierten. So galten die Erwartungen an eine – positive – Entwicklung der Erwerbstätigkeit nicht nur bei den politisch Verantwortlichen beiderseits der Demarkationslinie als Indikator für den Erfolg oder den Misserfolg im Wettstreit der Systeme. Demzufolge gab es nicht nur eine Magnettheorie, mithin ein Erwartungsmuster ökonomischer Attraktivität, westdeutscher Prägung, sondern auch eine Magnettheorie ostdeutscher Provenienz. Der Referent konstatierte im Zusammenhang mit diesen sich wechselseitig bedingenden Perzeptions- und Propagandamustern einen „gemeinsamen“ Utopieverlust in den siebziger Jahren. In den Jahren des Ölpreisschocks wurde das Ende eines ungebremsten Fortschritts- und Modernisierungsdenkens hüben wie drüben offenbar – und damit ging das endgültige Aus einer wie auch immer gearteten Vision vom eigenen Modell als einem Magneten für ‚die Anderen‘ einher.

Zur „gemeinsamen“ Geschichte der beiden deutschen Staaten und Gesellschaften gehört die *Geschichte der deutsch-deutschen Grenze*. Gleich ob sie offen oder geschlossen sind, verkörpern Grenzen über das Trennende hinweg doch stets auch Verbindendes: Grenzen teilen nicht nur Territorien, sondern sie manifestieren auf Dauer auch die Tatsache einer unmittelbaren Nachbarschaft. Die Mauer in Berlin und die deutsch-deutschen Grenzanlagen markierten über Jahrzehnte die unbestreitbare Tatsache, dass das jeweilige Gegenüber, das und Andere, greifbar nahe war: Man konnte sich sehen, hören, zuwinken.

Die Sektion „Grenzgänger“ zeigte,

- dass die Kommunikation über die Grenze hinweg und
- dass die Kommunikation über die Grenze selbst

ebenfalls Gegenstand einer asymmetrisch verflochtenen Beziehungsgeschichte sein muss. Nicht zuletzt waren es die wechselseitigen Projektionsvorgänge über die physisch-materiellen

Grenzsperanlagen und über die mit ihr organisch verbundenen emotional-ideologischen ‚Frontlinien‘ hinweg, welche die Zuschreibungen des Anderen und des Eigenen organisierten und (mit-) bestimmten. Gerade an ebendieser vielschichtigen Grenzverflechtung kristallisierten sich Strukturelemente des jeweiligen ‚Wir‘-Verständnisses und des ‚Wir‘-Gefühles hüben wie drüben heraus. – Vielfach – aber nicht nur – als Widerpart zum offiziell feindlichen Anderen. Die weitere sozial- und kulturgeschichtliche Erforschung des Grenztransits könnte dazu beitragen, dieses komplexe und hoch aufgeladene Terrain als Handlungs- und Kommunikationsfeld zwischen den beiden Staaten und Systemen, vor allem aber zwischen Personen und menschlichen Akteuren weiter aufzuklären. Die Beiträge der Sektion vermittelten Einblicke in neueste Forschungsergebnisse zur Soziologie und Kultur unterschiedlicher Formen des Grenzübertretes und zur Kommunikation vor Ort, unmittelbar an der Grenze.

Wahrnehmungsperspektiven der Flucht und der Flüchtenden, der Grenze und der Welt jenseits der Grenze thematisierte *Helge Heidemeyer* (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin). Aus der Sicht der Partei mussten die „Republikflüchtigen“ Feinde des Sozialismus, des Volkes und der Volkswirtschaft sein. Aus der Sicht der Bevölkerung stellte sich das Grenz-Setting ganz anders dar: Das Land hinter der Mauer wurde mit den bekannten auch konsumtiven Hoffnungen und Sehnsüchten verknüpft. So trennte die deutsch-deutsche Grenze nicht nur die beiden deutschen Gesellschaften – die höchst unterschiedlichen Wahrnehmungen des Grenzzusammenhanges markierten wiederum politische und kulturelle Differenzen und „Grenzen“ innerhalb der DDR-Gesellschaft. Gruppen von Personen, welche die Grenze zwischen den Systemen überschritten, standen im Mittelpunkt zweier weiterer Beiträge dieser Sektion. *Gerhard Neumeier* (BStU, Außenstelle Suhl), konnte sozialstatistisches Datenmaterial zu „Rückkehrern“ aufarbeiten. Mit „Rückkehrern“ geraten Personen ins Blickfeld, die sich nach der Abriegelung in der Bundesrepublik aufhielten und nach einer vergleichsweise kurzen Zeit, nämlich innerhalb weniger Wochen, wieder in die DDR zurück kamen. Die vom Referenten ausgewerteten Unterlagen der Suhler Staatssicherheit für den Zeitraum von 1961 bis 1973 machten deutlich, dass es sich dabei vor allem um junge Leute, überwiegend um junge Männer handelte, die „drüben“ bald zu der Ansicht kamen, dass sie in der Bundesrepublik nicht „ankommen“ würden. Viele der jungen Migranten verloren demnach bereits nach wenigen Tagen im Westen das Vertrauen auf eine gelingende Integration, was sicher auf die anfänglich besonders prekären Wohnverhältnisse sowie auf Gefühle der Entwurzelung und der Einsamkeit zurückzuführen ist. In der Bundesrepublik angekommen, waren sie daher mehrheitlich vorerst in der Nähe der Grenze wohnen geblieben: sie wollten offenbar nicht allzu weit von der nahen Heimat in der DDR entfernt leben. Gleichwohl war der Grenzübertritt bei den meisten Jugendlichen nicht von langer Hand vorbereitet, sondern erfolgte vielfach spontan, nicht selten unter Einfluss von Alkohol. Nicht auszuschließen ist, dass der politische und propagandistische Druck auf die Jugend Mitte der sechziger Jahre manch einen über die Grenze trieb. *Marion Detjen* (Berlin) schritt das Diskursfeld der Fluchthilfe ab – freilich nicht, ohne zunächst auf die Sozialgeschichte der Fluchthilfe

nach dem Bau der Mauer einzugehen. Seit 1963 wurde Fluchthilfe von den Propagandisten der DDR als „staatsfeindlicher Menschenhandel“ gebrandmarkt. Die Referentin machte deutlich, dass das Bild ‚des Fluchthelfers‘ überdies auch in Westdeutschland unterschiedlich ausfiel. ‚Der Fluchthelfer‘ konnte in den Arenen der veröffentlichten Meinung nicht nur als Heros der Freiheit gefeiert, sondern auch als dunkler Geschäftemacher an den Pranger gestellt werden. Die Referentin plädierte mit Recht dafür, die Attribuierungsgeschichte der Phänomene ‚Fluchthilfe‘ und ‚Fluchthelfer‘ im deutsch-deutschen Rahmen zu verorten und als das Ergebnis eines komplexen Interaktionsprozesses über die Grenze hinweg zu analysieren. Kommunikationen unmittelbar an der Grenze untersuchte *Maren Ullrich* (Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg). Die Kunsthistorikerin dokumentierte die überkommenen Materialisationen der Erinnerungskultur und –politik in den Nahbereichen des „antifaschistischen Schutzwalles“: Mithin Mahnmale und Museen, Gedenkstätten und Skulpturen im Westen. Zu solchen Inszenierungen der Teilung vor Ort gehört jedoch aus kunsthistorischer Untersuchungsperspektive als integraler Bestandteil auch die andere Seite der Grenze. Die Observierungsarchitektur im Osten korrespondierte sozusagen mit den Gedenksteinen des Westens! – Ein Beitrag, der die Grenze gleich in mehrfacher Hinsicht als Medium vorführte.

Eine sozial- und kulturhistorisch geprägte Grenzforschung wird nicht nur Modi des Übertrittes oder Überganges sowie Modi gegenseitiger Wahrnehmung in den Blick zu bekommen, sondern sollte darüber hinaus nicht aus den Augen verlieren, dass beide deutschen Staaten nicht nur durch diese eine Grenze eingehegt waren, die zugleich die globalen Systeme voneinander schied. Beide Staaten waren vielmehr von einer komplexen Grenztopographie umgeben. Die einzelnen „Grenzen“ bildeten nicht nur physisch, sondern auch psychisch, auch von der Wahrnehmung her betrachtet, ein Geflecht: So wurde die Öffnung der Oder-Neiße-„Friedens-Grenze“ von der ostdeutschen Bevölkerung in den siebziger Jahren als „gerechte“ Kompensation für die abgeriegelte Grenze gen Westen interpretiert.

„Kultur“ in „Umbruch und Transformation“

Eine künftige Geschichte des vereinten Deutschland wird erneut diejenigen Prozesse auf den Prüfstand zu stellen haben, mit welchen ‚Normen‘ und ‚Formen‘ in unterschiedlichen politischen, sozialen, ökonomischen und regionalen Kontexten im Laufe der neunziger Jahre „austariert“ wurden. Auf der einen Seite werden in diesem Zusammenhang all diejenigen Normenkompromisse aufzuklären sein, welche dem Prozess der ‚Vereinigung‘ als juristische und politische Sollwerte vor- und vorangestellt wurden. Auf der anderen Seite wird es darum gehen, all die Formenkompromisse, welche sich im Laufe der Transformationsprozesse als Ist-Zustände herausmündeten, nochmals auf ihre innere Struktur hin zu untersuchen. Die Vokabel ‚Kompromiss‘ versteht sich in diesem Zusammenhang als eine ergebnisoffene heuristische Formel – sie will die Aussagen dieser Überprüfungen durchaus nicht im vorhinein präjudizieren. Es liegt auf der Hand, dass die Kompromisslinien sowohl zu Gunsten wie zu Ungunsten des Einen wie des Anderen verlaufen können. Gängige Etiketten wie „Kolonialisierung“

oder „Kooperation“ können mit der ‚Kompromiss‘-Formel in Frage gestellt, verifiziert oder falsifiziert – auf jeden Fall aber ausdifferenziert werden.

Dass die Ausgangspunkte für einen womöglich paritätischen Kompromiss in bestimmten Formaten der Fernsehunterhaltung denkbar unterschiedlich waren, zeigte der Beitrag von *Nicola Hochkeppel und Wolfgang Mühl-Benninghaus* (Humboldt-Universität Berlin). Die unterschiedlichen Show-Kulturen der beiden deutschen Gesellschaften trafen erstmals und symptomatisch im Mai 1990 aufeinander, als ZDF und DFF gemeinsam die Show „Guten Abend, Deutschland“ produzierten – gestaltet mit Publikumsliebungen aus West- und Ostdeutschland. An diesem deutsch-deutschen Fernsehabend, so die Autoren, traten die differenten Stile und die unterschiedlichen Habitus der Moderatoren für jedermann ersichtlich zu Tage. Aufgrund der medialen Prägungen im späteren Jugendalter weist das deutsche Fernsehpublikum bis heute ein unterschiedliches Rezeptionsverhalten auf. Die Älteren im Osten präferieren nach wie vor Formate, die sie als die „ihrigen“ wahrnehmen – wohingegen ihre Generations-Pendants im Westen ihren angestammten West-Formaten treu bleiben. Gleichwohl gilt aber auch: Während beim Genre ‚Show‘ nur eine geringe deutsch-deutsche Kompatibilität zu konstatieren ist, traf sich „Gesamtdeutschland“ jedoch rasch „im Gewand“ der volkstümlichen Musik, die auch in der DDR schon während der Jahre vor der Wende eine große Rolle in der Fernsehunterhaltung spielte. Dass die Kompromissgestalten der Transformation nicht in jedweder Beziehung zu Ungunsten der Traditionen vor Ort ausgehen mussten, wurde mit dem Beitrag von *Skadi Riemer* (Hochschule für Musik und Theater Leipzig) deutlich, die über die Geschichte der ostdeutschen Theaterlandschaft nach 1990 informierte. Zahlreiche Theater und Sparten wurden im Laufe der neunziger Jahre geschlossen und in günstigsten Fällen fusioniert. Am Beispiel der ‚Neuen Bühne Senftenberg‘ gelang es der Referentin aufzuzeigen, dass Theater als soziale und als kulturelle Institution nicht nur ästhetische Erwartungen, sondern auch sozialpsychologische Bedürfnisse zu erfüllen vermag. Das Senftenberger Haus avancierte offenbar in den letzten Jahren zu einem ‚Medium‘, zu einer Plattform sozialen Austausches im besten Sinne: zu einem Forum für Bildung und Diskussion, zu einer akzeptierten Arena für lokale und regionale Identitätsdiskurse. Ein Theater als „Innovationsmotor“ inmitten einer schier hoffnungslosen Region – ein schönes Beispiel für Kompromiss-Gemengelage, die sich im Laufe der deutsch-deutschen Nachwendegeschichte herausbildeten und die unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Der Forschungsbericht von *Tatiana Timofeewa* (Lomonossow-Universität ‚MGU‘ Moskau) erinnerte eindringlich daran, dass die deutsch-deutsche Geschichte und vor allem die Geschichte der Vereinigung nur in europäischen Bezügen zu schreiben und zu verstehen ist – und dass dabei die Wahrnehmung aus den Blickwinkeln der ehemaligen Besatzungs- und Garantemächte von besonderer Bedeutung sein muss. Der Frage, wie die deutsche Vereinigung von der russischen Bevölkerung wahrgenommen und bewertet wurde und wird, spürte die Referentin mit einer eigenen Umfrage nach: Dabei wurden drei Geburts- beziehungsweise Alterszusammenhänge nach ihren Einstellungen zu den Entwicklungen in Deutschland befragt: Eine ‚Generation der Großeltern‘, zwischen 1925 und 1945

geboren; eine ‚Generation der Eltern‘, zwischen 1946 und 1966 geboren, und eine ‚Generation der Kinder‘, geboren in den Jahren 1967 bis 1985. Die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung schätze die deutsche Vereinigung als „historisch gerecht“ ein, so die Kollegin aus Moskau. Selbst die ‚Großeltern‘ und ‚Eltern‘ zeigten eindeutig „positive“ Reaktionen und Emotionen – freilich nicht ohne gleichzeitig die frühere sowjetische Führung für den aus ihrer Sicht unziemlichen und unrühmlichen allzu frühen Abzug der Streitkräfte aus Mitteleuropa verantwortlich zu machen. Ein verständlicher Vorbehalt der „Kriegsgenerationen“, der allerdings nicht auf das neue Deutschland, sondern auf Michail Gorbatschow projiziert wird.

Vergleich- und Transfersgeschichte(n)

Eine „gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte“ lässt sich nur als integraler Bestandteil einer „nationalen“ Historiographie konzipieren, die sich mehr und mehr transnational ausrichtet. Die in diesem Bericht fokussierte deutsch-deutsche „Beziehungsgeschichte“ erweist sich als „geteilte“ Geschichte im doppelten Wortsinne: Als getrennte und als gemeinsame Geschichte – als „shared history“ (Shalini Randeria/Sebastian Conrad). Der Tagungsbeitrag aus Moskauer Perspektive verweist auf die dominanten europäischen und globalen Verflechtungen mitteleuropäischer Nachkriegsgeschichte(n) insgesamt. Die Bezugspunkte und Referenzhorizonte einer „gemeinsamen deutschen“ Geschichte lassen sich folglich nur unter den Auspizien eines plurilateralen Geschichtsverständnisses bestimmen. Aufzuklären sind nicht nur die Interdependenzen, die Interrelationen und Interaktionen zwischen Berlin und Bonn und zwischen Frankfurt am Main und Frankfurt an der Oder. Es gilt vielmehr, ein weltweites Beziehungs- und Machtsystem zu rekonstruieren. Die verdienstvolle historische Vergleichsforschung dürfte mit der Aufklärung eines solchen Panoramas überfordert sein – und sollte daher durch neuere transfersgeschichtliche Ansätze ergänzt und erweitert werden.

(Rainer Gries)

Sektionsbericht Gesellschaft/Medien und NS-Vergangenheit

Deutsch-deutsche Beziehungen: Gesellschaft

In der Sektion "Gesellschaft" trug zunächst *Thomas Ahbe* (Universität Wien) Überlegungen zu west- und ostdeutschen Generationsgestalten im Vergleich vor. Die Konstruktion von Generationen erlaube es, in der Entstehung von immer neuen Kohorten das Moment der Diskontinuität in der Kontinuität zu beschreiben und historische Sinnbildungsprozesse zu rekonstruieren. Obwohl die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften politisch unterschiedlicher kaum sein konnten, wiesen die ersten beiden Generationen in der Bundesrepublik und der DDR große Ähnlichkeiten auf. Die "45er" wie die "Aufbau-Generation" in der DDR beschwiegen ihre konkrete Verstrickung in die NS-Vergangenheit,

folgten in ihrer überwiegenden Mehrheit relativ konfliktfrei den jeweiligen Autoritäten, konzentrierten sich auf ihren sozialen Aufstieg und etablierten damit als erste Trägergeneration die jeweils neue Ordnung. Hierin liege eine beachtliche generationenspezifische Gemeinsamkeit, die bislang durch die Fremd- und Selbstdeutung der Generationsangehörigen verdeckt worden sei.

Eine weitere Gemeinsamkeit kann man in der Kampagne gegen "Schund und Schmutz" sehen, die Mitte der 1950er Jahre in beiden deutschen Staaten einsetzte und in der öffentlichen Verbrennung angeblich jugendgefährdender Schriften ihren Höhepunkt erreichte. Wie *Michael Scholz* (Universität Visby) am Beispiel der Comic-Hefte ausführte, wurde die DDR von der internationalen Anti-Comic-Kampagne zunächst überrascht, machte sich dann aber die antiamerikanischen Tendenzen der konservativen Kulturkritik zu Nutze. Anders als in Bundesrepublik akzeptierte man in der DDR jedoch den jugendlichen Bildungshunger und setzte auf alternative "Bildergeschichten" als Gegenmittel gegen die westlichen Comics. Trotz chronischer Ressourcenprobleme wurden Papierkontingente bereitgestellt und die Comicmagazine "Atze" und "Mosaik" gegründet. Neben ihrer Abwehrfunktion sollten sie bei der politischen Indoktrination der Kinder und Jugendlichen in der DDR helfen. Doch hier stießen die Steuerungs- und Kontrollmechanismen der SED an ihre Grenzen.

Mit den Jugendkrawallen in den 1950er Jahren befasste sich der Vortrag von *Wiebke Janssen* (Leipzig). Analog zu den "Halbstarken" und "Rowdies" in der Bundesrepublik gab es auch in der DDR gewalttätige Ausschreitungen zwischen Polizei und Jugendlichen, die sich in Kleidung und Auftreten an der amerikanischen Jugendkultur, am Rock'n Roll und den Kultfiguren James Dean und Elvis Presley orientierten. Für die Jahre 1956 bis 1960 eruierte Frau Janssen mindestens 23 Jugendkrawalle mit durchschnittlich 150-200 Teilnehmern, in Dresden gab es sogar einen Zusammenstoß mit 500-1000 Jugendlichen. Für die SED handelte es sich um gezielte Provokationen des Klassenfeindes, tatsächlich war es jedoch - wie in der Bundesrepublik - eine spezifische Form des Generationenkonflikts. Auch in der sozialen Zusammensetzung zeigten sich bemerkenswerte Übereinstimmungen, handelte es sich doch vor allem um Lehrlinge und junge ungelernete Arbeiter.

Mit welchen Strategien die Herrnhuter Brüdergemeine für den Erhalt eines deutsch-deutschen Austausches kämpfte, untersuchte *Hedwig Richter* (Berlin). Die kleine, aber traditionsreiche protestantische Freikirche besaß in der DDR einen relativ großen Handlungsspielraum, den sie durch die Erfindung und Neu-Erfindung von Tradition absicherte. Die demonstrative Loyalität zum SED-Regime, etwa unter dem Motto "für Frieden, gegen Apartheid", ermöglichte die Fortführung der weltweiten Missionsarbeit, wobei die Mitglieder in der DDR

mit ihrem alten Stammsitz in Herrnhut (Sachsen) auf die intensive Zusammenarbeit mit ihren westdeutschen Glaubensbrüdern angewiesen waren. Wie Frau Richter ausführte, erwies sich gegenüber dem SED-Staat die Erfindung bzw. Neuinterpretation der Tradition als ein überraschend schlagkräftiges Argument, das selbst die Fortführung eigener Wirtschaftsbetriebe erlaubte.

Perzeptionen und Grenzüberschreitungen: Medien und NS-Vergangenheit

Wie in der Bundesrepublik Filme aus der DDR und anderen osteuropäischen Staaten zensiert wurden, stellte *Stephan Buchloh* (Universität Ravensburg-Weingarten) vor. Das maßgebende Gremium war hierbei der "Interministerielle Ausschuss für Ost/West-Filmfragen", der von 1953 bis 1967 bestand und als geheime Zensurinstanz im verborgenen tagte. Das Gremium, in dem u.a. das Außen-, Innen- und Wirtschaftsministerium sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz vertreten waren, prüfte insgesamt 3180 Filme und verbot bei 130 Filmen die Einfuhr in die Bundesrepublik. Als politisch unerwünscht galten etwa die positive Darstellung kommunistischer Politik in der Weimarer Republik, die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Deutschlands und Hinweise auf personelle Kontinuitäten bei westdeutschen Eliten. Nicht gezeigt werden durften in der Bundesrepublik beispielsweise "Der Untertan" von Wolfgang Staudte, "Der Rat der Götter" von Kurt Maetzig oder Sergei Einsteins Historienfilm "Alexander Newski".

Michael Meyen (Universität München) stellte in seinem Beitrag eine Typologie der Mediennutzer in der DDR vor, die das gängige Bild einer "kollektiven Ausreise im Fernsehsessel" in Frage stellte. Zwar konnten 85 Prozent der DDR-Fernseherzuschauer westdeutsche Programme empfangen, doch zeigen zeitgenössische Erhebungen zur Sehbeteiligung wie die Auswertung von 100 qualitativen Interviews, dass das ostdeutsche Fernsehen keineswegs als so langweilig empfunden wurde. Großer Beliebtheit erfreuten sich Spielfilme, Serien und Sport, auch bei den Westprogrammen dominierten Unterhaltungssendungen aller Art. Das Informationsbedürfnis sei bislang über- und die Belastungen aus dem Alltag unterschätzt worden. So sei ein Drittel aller Fernsehzuschauer bereits um 21.00 Uhr schlafen gegangen, auch habe der schlechte Empfang des Westfernsehens in entlegeneren Landesteilen nicht zum Umschalten eingeladen. Den Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Nachkriegsstaaten beleuchtete *Christoph Classen* (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), der vor allem die strukturellen Gemeinsamkeiten hervorhob. Die Integration des Millionenheeres ehemaliger Nationalsozialisten sei unabweisbar gewesen und habe in beiden Systemen eine prekäre

Situation erzeugt. Die Staatslegitimation als jeweiliger deutscher Teilstaat habe in der Abgrenzung zum Nationalsozialismus bestanden, wobei der (spiegelbildlichen) Stilisierung und Heroisierung des Widerstandes eine große Bedeutung als Legitimationsquelle zugekommen sei. Antifaschismus im Osten und Antitotalitarismus im Westen seien dabei als gegenwartsbezogene Abgrenzungsstrategien zu verstehen. Das Opferbewusstsein und die Verdrängung der persönlichen Verantwortung habe die gesellschaftliche Integration der ehemaligen Nationalsozialisten in der Bundesrepublik wie in der DDR wesentlich erleichtert. Dem vergangenheitspolitischen Populismus der 1950er Jahre habe in der DDR der Antifaschismus entsprochen, der die Verantwortung für die NS-Verbrechen an Hitler und die Kapitalistenklasse delegiert und somit ebenfalls maßgeblich zur Entlastung der deutschen Gesellschaft beigetragen habe. Erst in den 1980er Jahren sei dann im Zuge einer transnationalen Erinnerungskultur die Hinwendung zum jüdischen Opferschicksaal zu beobachten gewesen, wobei in der DDR wesentliche Impulse aus dem Bereich der evangelischen Kirche gekommen seien.

Umbruch und Transformation - Gesellschaft

Folgt man zeitgenössischen Presseberichten, so gab es 1989/90 ein politisch motivierte Selbstmordwelle enttarnter MfS-Mitarbeiter und gestürzter SED-Funktionäre, was den letzten Innenminister der DDR, Michael Distel, zu der Behauptung veranlasste, das "Stasi-Syndrom" habe mehr Todesopfer als die Mauer gefordert. Tatsächlich sind jedoch nur ca. 30 Suizide belegt, wie *Udo Grashoff* (Universität Leipzig) recherchierte. So u.a. der Freitod von drei (von 15) Leitern einer MfS-Bezirksverwaltung und drei SED-Kreissekretären. Diesen Selbsttötungen steht der Befund gegenüber, dass im Jahr 1989 die niedrigste Suizidrate seit Bestehen der DDR registriert wurde. In den folgenden Jahren stieg die Rate wieder leicht an, wovon nahezu ausschließlich die Altersgruppe der 40-65jährigen Männer betroffen war, was wohl als eine Reaktion auf den sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit zu deuten ist. *Ulrich Arnswald* vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurt a. M.) trug die Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung zum zeithistorischen Schülerwissen 2005 vor. Sie beruht der bundesweiten Befragung von 5600 Schülern an 70 Gymnasien und offenbart einen durchwegs unbefriedigenden Kenntnisstand zu Daten, Fakten und Personen. Bei vielen Fragen liegt die Quote richtiger Antworten unter 50 Prozent, während bis zu 30 Prozent der befragten Schüler gar keine Antwort gaben. Nicht wesentlich besser ist der Kenntnisstand zur deutschen Nachkriegsgeschichte in den Klassenstufen 12 und 13. Als generelle Tendenz ist zu bemerken, dass Schüler aus den neuen Bundesländern (und Berlin)

ein signifikant besseres Faktenwissen besitzen, jedoch die DDR weniger kritisch beurteilen. Alarmierend sollte jedenfalls der Befund sein, dass rund ein Drittel der Schüler im Unterricht der 10. Klassenstufe nichts zur Geschichte der DDR erfahren hat, obwohl die Schüler in Ost und West gleichermaßen ein starkes Interesse an dieser Geschichte zeigen.

Die Kontroversen um die „alte“ bundesdeutsche Forschung standen im Mittelpunkt des Referats von *Jens Hüttmann* (Universität Halle-Wittenberg). Entgegen vielfacher Kritik, wie sie wie Anfang der 1990er Jahre unter den Überschriften "Prognosedebakel" und "Schönfärberei" postuliert wurde, hätten die DDR-Forscher vor 1989 nicht versagt. Vielmehr führten diese Kontroversen in eine wissenschaftliche Sackgasse: Als etwa Jochen Stadt und Klaus Schroeder die ohnehin schon vorhandene Polarisierung zuspitzten, Kollegen persönlich attackierten und die Regeln wissenschaftlicher Zitierpraxis "über Bord warfen", sei es nur darum gegangen, vorhandenes Wissen einseitig zu entwerten und politisch motivierte Profilierungskämpfe auszutragen. Demgegenüber argumentierte Hüttmann, dass es aus heutiger Sicht vielmehr darum gehen sollte, die schon vor 1989 heftig umstrittene Entfaltung "kritisch-immanenter Ansätze" (P. C. Ludz) aus der Frontstellung herauszuheben, in die sie nach 1989 geraten seien. Zum Vorschein kämen so einerseits überraschende Kontinuitäten in den Fragestellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen von DDR-Geschichte. Andererseits zeigten sich auffällige Brüche der Forschungsentwicklung. Dies betreffe etwa den blinden Fleck "Stasi", der vor 1989 ein Thema für Außenseiter blieb, nach 1990 aber ein Boomthema der "neuen" DDR-Forschung wurde.

Zusammenfassender Kommentar

In seinem Statement betonte *Clemens Vollnhals* resümierend, dass sich hinsichtlich der Fragestellung einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte der Vergleich spezifischer Generationserfahrungen, des Umgangs mit der gemeinsamen NS-Vergangenheit sowie selbstverständlich der deutsch-deutschen Beziehungen als fruchtbare Ansätze gezeigt hätten. Mit der Wiedervereinigung sei die Geschichte der DDR gewissermaßen als Erbe Bestandteil der bundesdeutschen Geschichte geworden, weshalb eine stärkere Berücksichtigung in der Unterrichtspraxis dringend erforderlich sei. Er warnte jedoch vor der Konstruktion einer integrierten gemeinsamen Nachkriegsgeschichte, da sie die fundamentale Differenz zwischen Demokratie und Diktatur, für die die politische und gesellschaftliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten stehe, verwische. Zudem dürfe, was vor allem die westdeutsche Gesellschaft seit den 1970er Jahren anbetreffe, der Aspekt einer zunehmenden Teilungsgeschichte nicht aus dem Blick geraten: Hier sei die DDR erst mit ihrem Untergang

wieder zu einem Problem geworden. Die gutgemeinte, nationalpädagogisch motivierte Fokussierung auf deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten berge deshalb die Gefahr einer der historischen Realität unangemessenen Verschiebung und Verengung der Perspektiven. Auch sollte in Zukunft die jeweilige Blockintegration als Vergleichsebene eine stärkere Berücksichtigung finden.

(Clemens Vollnhals)